Die Stabilität des internationalen Systems, die Richtung, in die es sich entwickelt, sowie seine Fähigkeit, Herausforderungen anzunehmen – all dies hängt nicht zuletzt davon ab, wie sich zentrale Akteure positionieren und welche Strategien sie entwickeln. In dieser Ausgabe von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT werden mehrere der Big Player in den Fokus genommen, bei denen zu erwarten ist, dass sie Wirkungsketten im internationalen Gefüge und Veränderungen in der internationalen Konstellation auslösen, wenn sie ihre außenpolitische Konzeption verändern oder auch nur Teilpolitiken modifizieren. So könnte die von Winfried Veit beschriebene Annäherung Frankreichs an die USA, die Präsident Sarkozy in seinem ersten Amtsjahr beharrlich vorangetrieben hat, zu Veränderungen in der Architektur des internationalen Systems führen. Denn wenn die konfliktreiche Beziehung zwischen Frankreich und den USA dauerhaft von harmonischer Kooperation abgelöst wird, hat dies Auswirkungen auf die westliche – und insbesondere die europäische – Sicherheitspolitik insgesamt.

Auch die Beziehungen zwischen Russland und den USA wirken weit über den bilateralen Kontext hinaus. Hans-Joachim Spanger zeigt, dass durch die Politik der herablassenden Indifferenz der Bush-Regierung, seit dem Wiedererstarken des transformationsgeschwächten ehemaligen Gegenspielers im Kalten Krieg, zunehmend Konfliktpotenziale aktiviert werden. Dies hat zur Folge, dass sich die Wahrung zentraler gemeinsamer Sicherheitsinteressen immer schwieriger gestaltet.

China ist zweifellos das Land, das die Strukturen des internationalen Systems immer stärker mitprägen wird. Wie stark diese Außenwirkung sein wird, wird wesentlich davon abhängen, ob das Land seine internen Probleme meistert; so wurden allein im Jahr 2005 über 87 000 Konflikte mit »Massencharakter« registriert. Mit Sozialreformen, Korruptionsbekämpfung, Umweltschutzinitiativen und der Stärkung der marktwirtschaftlichen Elemente des Systems versucht die Führung Konfliktpotenziale einzuhegen und ihrer Zielprojektion, einer »harmonischen

sozialistischen Gesellschaft«, näher zu kommen. Gesteuert und reguliert wird der chinesische Entwicklungsprozess nach wie vor von der Kommunistischen Partei. Falk Hartig zeigt, dass die KP durch die Folgen ihrer Reform- und Öffnungspolitik selbst unter Transformations- und Anpassungsdruck geraten ist, sich gewandelt hat und weiter wandelt. Zwar steht das Einparteiensystem nicht zur Disposition, doch dürfte die KP den Weg zu einer stärkeren Öffnung, internem Pluralismus und ideologischer Modernisierung weitergehen.

Je länger der Wirtschaftsboom anhält, und je mehr das internationale Gewicht Chinas dadurch zunimmt, desto größer wird notwendigerweise das chinesische Interesse an einer Modifizierung und Weiterentwicklung der Strukturen des internationalen Systems. Die Anhänger der These von der »gelben Gefahr« befürchten, dass solche Veränderungen bald einseitig und machtpolitisch durchgesetzt werden könnten. Derartige Spekulationen sind allerdings zumeist analytisch wenig gehaltvoll. Die Autoren des Szenarioprojekts China 2020 demonstrieren, dass sich mit der Szenariomethode kreative und gleichzeitig analytisch fundierte Zukunftsbilder entwerfen lassen, die nicht durch konventionelle Denkmuster eingeengt sind. Ob China nach 2020 ein harmloser, ein fauchender oder ein erwachender Drache sein wird, wird neben der internen Entwicklung von der Entwicklung des internationalen Systems und der Weltwirtschaft abhängen.

Das zweite Themenfeld dieser Ausgabe von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT ist der Bereich Rohstoffe, Energie und Klima, der die internationale Dynamik in wachsendem Maße bestimmt. Zentral für die weltwirtschaftliche Entwicklung in der absehbaren Zukunft dürften insbesondere die Antworten der Staatengemeinschaft auf die Herausforderungen der Energie- und Rohstoffknappheit sein. Das multilaterale Welthandelssystem ist aber nicht dafür eingerichtet, mit der wachsenden Konkurrenz und den Konflikten umzugehen, die sich aus dem Nachfrageschub aus den neuen aufstrebenden Mächten und der Weltmarkt-Abhängigkeit der Industrieländer ergeben. Deshalb seien, argumentiert Martin Stürmer in seinem Beitrag, Reformen notwendig, die Rohstoffprotektionismus verhindern und Investitionen erleichtern.

Mit der Frage, welche Konsequenzen für die Außenpolitik der USA ein Umschwenken auf eine »low carbon economy« haben könnte, setzt sich Josef Braml auseinander. Eine multilaterale transatlantische Energie- und Klimapartnerschaft könnte – wenn es unter einer zukünftigen Administration zu einem solchen energiepolitischen Umsteuern kommt –

nicht nur wesentliche Beiträge zur Lösung internationaler Probleme leisten, sondern auch vielerlei wirtschaftliche Chancen eröffnen.

Bis dahin muss aber zunächst der Klärungsprozess über die Eckwerte vorangetrieben werden, die es in einer »low carbon economy« aus klimapolitischen Gründen zu erreichen gilt. Dies legt Hans-Jochen Luhmanns und Wolfgang Sterks Analyse der auf dem Kyoto-Protokoll basierenden Mechanismen nahe. Da es in den Industrieländern eine massive Tendenz gibt, inländische Treibhausgas-Reduktionen weitestgehend durch Zukauf aus dem Ausland zu ersetzen, besteht eine doppelte Gefahr: dass die Menge der in Nord wie Süd notwendig zu erzielenden Emissionsreduktionen nicht erreicht wird, und dass der Anreiz für die Hervorbringung der erforderlichen ökologischen Innovationen entfällt.

Komplementär zu den Schwerpunktthemen präsentiert Wolfgang Merkel die Ergebnisse einer Untersuchung der zentral- und osteuropäischen Transformationsländer. Im Mittelpunkt steht die Frage, warum diese Länder ihre dreifache Transformation – den Übergang zur Demokratie, zur Marktwirtschaft und die Formierung neuer Nationalstaaten – schneller und erfolgreicher absolvierten als die Länder früherer Demokratisierungswellen. Ausschlaggebend war, dass auf einen starken Staat zurückgegriffen werden konnte, dass die Bevölkerung gut ausgebildet war, dass die EU nachdrücklich auf eine Demokratisierung hinwirkte, und dass die Nachbarn den Prozess unterstützten.

The stability of the international system, the direction in which it is developing, and its ability to meet challenges all depend to a considerable extent upon how the central actors position themselves and the strategies they develop. This issue of INTERNATIONAL POLITICS AND SOCIETY focuses on a number of big players that are perfectly capable of setting off international chain reactions and changes in international structures if they alter their approach to foreign policy or even only partly modify their policies. For example, France's rapprochement with the USA, as described by Winfried Veit, which President Sarkozy has pressed insistently in his first year of office, could lead to changes in the international architecture. If the structurally conflictual relations between France and the USA are superseded by harmonious cooperation on a long-term basis it will have consequences for Western – and in particular European – security policy as a whole.

Relations between Russia and the USA also have consequences that go far beyond the bilateral context. Hans-Joachim Spanger shows that the Bush administration's policy of casual indifference has the potential to generate conflict now that the former Cold War adversary has regained its strength after a period in the transitional wilderness. As a result it will become more and more difficult to address central common security interests.

China will undoubtedly have an increasing influence on international structures. How strong its external influence will be will depend on the extent to which it is able to overcome its internal problems: In 2005 alone, for example, over 87 000 »incidents of a mass character« were recorded. The Chinese leadership is attempting, by means of social reforms, fighting corruption, environmental protection initiatives, and enhancing the market elements of its economic system to curb potential conflicts and to realize its aim of a »harmonious socialist society.« The Chinese development process will continue to be controlled and regulated by the Communist Party. Falk Hartig shows that as a consequence of its reforms and policy of »openness« the Communist Party itself has come under pressure to transform and adapt; that it has changed and is continuing to change. To be sure, the one-party system is non-negotiable but the Communist Party is likely to continue in the direction of more openness, internal pluralism, and ideological modernization.

The longer the economic boom lasts and the more China's international weight increases as a result the greater the Chinese interest will necessarily be in modifying and developing international structures.

Those who talk up the »Yellow Peril« fear that such changes could soon be imposed unilaterally and on a power-political basis. Such speculations do not really stand up analytically, however. The authors of the project »China 2020« show that the scenario method can outline creative and, at the same time, analytically well-founded models of the future that are not confined by conventional thought patterns. Whether by 2020 China will be a harmless, a hissing or an awakening dragon will depend, alongside its internal development, on the development of the international system and the world economy.

The second set of topics addressed in this issue of INTERNATIONAL POLITICS AND SOCIETY comprises raw materials, energy, and the environment, which are increasingly important factors in international affairs. The responses of the international community to the challenges of energy and raw materials shortages will be central to world economic development in the foreseeable future. The multilateral world trade system is not prepared to deal with the growing competition and conflict resulting from the emerging powers' surge in demand and the industrialized countries' dependence on the world market, however. As a result, as Martin Stürmer argues in his contribution, reforms are necessary that prevent raw materials protectionism and facilitate investment.

Josef Braml examines the possible consequences for US foreign policy of a shift to a low carbon economy. A multilateral transatlantic energy and environmental partnership could – if a future administration changes course on energy policy in this way – not only make a significant contribution to solving international problems, but also open up all sorts of economic opportunities.

Until then, however, more has to be done to establish the environmental-policy benchmarks that are to be achieved in a low carbon economy. Hans-Jochen Luhmann and Wolfgang Sterk's analysis of the mechanisms arising from the Kyoto Protocol contributes to this. The industrialized countries' marked tendency to substitute domestic reductions in greenhouse gases with purchases from abroad represents a twofold danger: first, that the quantity of emissions reductions that must be achieved both North and South will not be attained, and second, that there will be less incentive to pursue the necessary environmental innovations.

Alongside the focus topics Wolfgang Merkel presents the results of research into the central and eastern European transition countries. The central question is why these countries completed their threefold transformation – the transitions to democracy and a market economy, and the

formation of new nation states – more quickly and more successfully than the countries of earlier democratization waves. Decisive in this were the existence of a strong state, the educational level of the population, the EU's insistence on democratization, and the support provided by neighboring countries.